

<https://pleiteticker.de/berlin-wahl-die-groessten-delegitimierer-der-demokratie-sind-rot-und-gruen/> 16.11.2022

Berlin-Wahl: Die größten Delegitimierer der Demokratie sind Rot und Grün

Es ist offiziell: Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin muss wiederholt werden. Das bestätigte der Verfassungsgerichtshof am Mittwochmorgen. Es ist in der Geschichte der Bundesrepublik ein einmaliger Vorgang: Alle Berliner sind aufgerufen ihre Stimme ein zweites Mal abzugeben.

Über ein Jahr lang sträubte man sich mit allen Mitteln gegen diese unausweichliche Wahlwiederholung. „Ich denke nicht, dass wir zu einer kompletten Neuauflage dieser Wahl kommen werden“, sagte Berlins aktuell amtierende Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD). Ihr Amtsvorgänger Michael Müller erklärte, die Vorfälle seien nicht wahlverfälschend oder mandatsrelevant – was schlichtweg falsch war. Und auch der verantwortliche Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte: „Ich gehe nicht von einer Wahlwiederholung aus“.

Erst eine Recherche des Teams des Jugendmagazins Apollo News für das Magazin Tichys Einblick brachte den Stein ins Rollen. Viele der Autoren schreiben heute für den Pleiteticker, auch der Autor dieses Textes.

Wir durchforsteten 40.000 Seiten Aktenmaterial zu den Wahlen und zeigten nicht nur das Ausmaß der Pannen, sondern bewiesen auch, dass die Fehler sehr wohl mandatsrelevant waren – wir zeigten, wie getrickst und manipuliert wurde, um genau diese Wiederholung zu verhindern.

1.900 eigentlich ungültige Stimmen (Stimmen auf falschen Wahlzetteln) hat man auf Anordnung der Landeswahlleitung so beispielsweise einfach verschwinden lassen. Hintergrund war – wie von TE gezeigt wurde – ein angeblicher Rechenfehler, in jedem Fall war dieser Vorgang unzulässig.

https://www.focus.de/politik/deutschland/chaos-endgueltig-perfekt-wahlwiederholung-in-berlin-muss-an-zwei-verschiedenen-terminen-stattfinden_id_179951280.html 17.11.2022

Chaos endgültig perfekt

Wahlwiederholung in Berlin muss an zwei verschiedenen Terminen stattfinden

„Die Wahltermine auf Landes- und Bundesebene können nicht zusammengelegt werden, da die Wiederholung der Bundestagswahl anderen Fristen unterliegt“, erklärte Bundeswahlleiter Georg Thiel am Donnerstag.

Die Neuwahl des Berliner Abgeordnetenhauses müsse nach der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts binnen einer Frist von 90 Tagen in ganz [Berlin](#) wiederholt werden. Die Landeswahlleitung nannte bereits den 12. Februar als Termin.

Gegen die Entscheidung des Bundestages, die Bundestagswahl in 431 von rund 2300 Wahlbezirken zu wiederholen, kann Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt werden. Dadurch kann sich die Wiederholung hier deutlich verzögern. „Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs geht einher, dass einige Berlinerinnen und Berliner voraussichtlich an zwei Tagen an die Urnen gerufen werden - nämlich diejenigen, die auch von der Wiederholung der Bundestagswahl betroffen sind“, erklärte Thiel.

Wird die Bundestagswahl in Berlin erst 2024 wiederholt?

Der Bundeswahlleiter verwies darauf, dass für die Einsprüche beim Bundesverfassungsgericht eine Frist von zwei Monaten gilt. Sofern dort keine Wahlprüfungsbeschwerde erhoben werde, werde die Entscheidung des Bundestages im Januar 2023 bestandskräftig. Die Wiederholung der Bundestagswahl muss dann nach spätestens 60 Tagen stattfinden, im Falle Berlins wäre demnach der 5. März der letztmögliche Termin. Eine Bestimmung des konkreten Wahltags obliege dem Berliner Landeswahlleiter, unterstrich Thiel.

Für den Fall, dass eine oder mehrere Wahlprüfungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht erhoben werden, ist der Wahltermin entsprechend später. Dann wäre offen, wann und gegebenenfalls auch in welchem Umfang die Bundestagswahl in Berlin wiederholt wird. Es wird damit gerechnet, dass sich die Wiederholung der Bundestagswahl bis ins Jahr 2024 hinziehen könnte.

<https://kurier.at/politik/ausland/italien-verbietet-technologien-zur-gesichtserkennung/402218106> 14.11.2022

Italien verbietet Technologien zur Gesichtserkennung

Eine Ausnahme stellt allerdings die Verbrechensbekämpfung dar.

Italien hat am Montag die Verwendung von Gesichtserkennung und "intelligenten Brillen" verboten. Die italienische Datenschutzbehörde erteilte zwei Gemeinden, die mit diesen Technologien experimentieren, eine Rüge. Gesichtserkennungssysteme, die biometrische Daten verwenden, werden bis zur Verabschiedung eines speziellen Gesetzes oder zumindest bis Ende nächsten Jahres nicht erlaubt sein, so die Datenschutzbehörde.

Die Ausnahme ist, wenn solche Technologien bei Justizermittlungen oder der Verbrechensbekämpfung eine Rolle spielen. Es sei eine "Notwendigkeit, die Zulassungsvoraussetzungen, Bedingungen und Garantien für die Gesichtserkennung unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu regeln", so die Agentur in einer Erklärung.

Reaktion auf Lecce

Nach europäischem und italienischem Recht sei die Verarbeitung personenbezogener Daten unter Verwendung von Videogeräten im Allgemeinen aus Gründen des öffentlichen Interesses und im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Behörden zulässig, so die Agentur weiter. Gemeinden, die diese Geräte einsetzen wollten, müssten jedoch

mit Vertretern der Zentralregierung einen "städtischen Sicherheitspakt" schließen, fügte sie hinzu.

Die Agentur reagierte damit auf Maßnahmen in der süditalienischen Stadt Lecce, wo die Behörden ankündigten, eine auf Gesichtserkennung basierende Technologie einzusetzen. Die Stadtverwaltung wurde aufgefordert, eine Beschreibung der eingesetzten Systeme, ihres Zwecks und ihrer Rechtsgrundlage sowie eine Liste der Datenbanken vorzulegen, auf die die Überwachungsgeräte zugreifen, so die Datenschutzbehörde. Der Datenschutzbeauftragte nahm auch die toskanische Stadt Arezzo ins Visier, wo die örtliche Polizei mit Infrarot-Superbrillen ausgestattet werden soll, die Autokennzeichen erkennen können.

<https://uncutnews.ch/britische-gesetzgeber-sind-besorgt-dass-sexualstraftaeter-amazons-alexa-zum-spionieren-benutzen/> 17.11.2022

Britische Gesetzgeber sind besorgt, dass Sexualstraftäter Amazons Alexa zum Spionieren benutzen

Ein Serien-Sexualstraftäter hat zugegeben, Alexa benutzt zu haben, um ein Opfer auszuspionieren. Der Fall hat Bedenken über das Risiko für die Privatsphäre durch intelligente Haushaltsgeräte geweckt.

Aaron Herschell, der sich im Gefängnis als transsexuelle Frau namens Alexis identifizierte, wurde 2017 erstmals wegen versuchter Vergewaltigung und 2021 erneut wegen Zusammenkommens mit einer Minderjährigen inhaftiert. Letzte Woche sagte er in einem separaten Verfahren vor dem Livingston Sheriff Court, er habe sein Opfer ausspioniert, indem er sein Amazon Alexa-Gerät mit ihr verbunden habe, um ihre Gespräche aus der Ferne auszuspionieren.

.....Der Fall wird von einem Sonderausschuss untersucht, der sich mit der zunehmenden Nutzung und dem möglichen Missbrauch intelligenter Technologien befasst.

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Tory-Abgeordnete Julian Knight, sagte: „Dieser beunruhigende Gerichtsfall verdeutlicht die

potenziellen Gefahren dieser vernetzten Technologie in unseren eigenen vier Wänden.

Sprachassistenten haben ein ständig eingeschaltetes Mikrofon, was bedeutet, dass jemand mit Fernzugriff Ihr Gespräch mithören kann, auch wenn das Gerät stummgeschaltet ist. Die Stummschaltungsfunktion verhindert lediglich, dass das Gerät auf das erste Befehlswort antwortet.

Amazon kommentierte die Meldung mit den Worten: „Datenschutz und Sicherheit sind in jedes Gerät, jede Funktion und jedes Erlebnis integriert. Leider gibt es seltene Gelegenheiten, in denen manche Menschen zu verheerenden Mitteln greifen, um Technologie zu missbrauchen.“

<https://reclaimthenet.org/offenders-using-alexa-to-spy/>

<https://uncutnews.ch/deutsche-sollen-kriegstote-aussondern/>

17.11.2022

Deutsche sollen Kriegstote aussondern

Ukrainer sollten von Russen und anderen sowjetischen Soldaten getrennt werden, sagt die Kriegsgräberkommission

Ein deutscher Verband, der sich um die Gräber der Kriegstoten kümmert, hat erklärt, er wolle damit beginnen, die Ukrainer von den Russen und anderen Nationalitäten der ehemaligen Sowjetunion zu trennen, beginnend mit den Friedhöfen in Hamburg.

„Wir fangen an zu differenzieren“, sagte Christian Lübcke, Geschäftsführer des Hamburger Landesverbandes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Deutschen Presse-Agentur. Sein Eingeständnis kam am Sonntag, dem „Volkstrauertag“, an dem die Menschen in ganz Deutschland die im Krieg Gefallenen ehren.

Auf den Hamburger Friedhöfen liegen etwa 1.400 sowjetische Kriegstote begraben, schätzte Lübcke. Deutsche und westliche Alliierte vermerken ihre Nationalität nur als „russisch“ oder „sowjetisch“, aber er sagte, der

VDK würde versuchen, die Ukrainer nach ihrem Geburtsort, z. B. Kiew, zu unterscheiden.

Als einen der Gründe für die Trennung der Kriegstoten nannte Luebcke den aktuellen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die russischen Gedenkfeiern für das „Unsterbliche Regiment“, die seiner Meinung nach „nationalistische und teilweise geschichtsrevisionsistische Untertöne“ hätten.

Das „Unsterbliche Regiment“ ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die 2011 ins Leben gerufen wurde, als die Zahl der noch lebenden Veteranen des Zweiten Weltkriegs altersbedingt schrumpfte. Seit 2012 gedenken viele Russen des Sieges ihrer Vorfahren über Nazi-Deutschland, indem sie deren Porträts bei den Paraden zum Tag des Sieges am 9. Mai tragen. Die Initiative wird von der Regierung in Moskau unterstützt.

Die sowjetischen Kriegstoten machen nur einen Bruchteil der 62.000 Gräber aus beiden Weltkriegen in Hamburg aus. In Bergedorf sind 652 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter bestattet. Zwei Drittel der 524 in Ohlsdorf Bestatteten sind Kriegsgefangene aus dem Lager Sandbostel. Der Rest ist auf zehn weiteren Hamburger Kriegsgräberstätten verstreut. Weitere 77 Gräber auf der Insel Hahnöfersand gehören Kriegsgefangenen aus dem Russischen Reich des Ersten Weltkriegs, die in deutscher Gefangenschaft an verschiedenen Krankheiten starben.

Während Lübcke von der Aussonderung ukrainischer Gräber sprach, formulierte die stellvertretende Bürgermeisterin Katharina Fegebank in ihrer Gedenkrede eine etwas andere Botschaft.

„Es ist unsere Aufgabe, heute und jeden Tag an diese und an Millionen von Menschen zu denken, die Opfer von Krieg und Gewalt geworden sind. Wir stehen hier zusammen, um für Frieden und Freiheit, gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung einzutreten“, sagte sie laut DPA am Sonntag vor den versammelten Menschen in der Stadthalle.

<https://thepressunited.com/updates/germans-to-segregate-war-dead/>

15.11.2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article242179549/Verfassungsschutz-Verfassungsschutz-sieht-bei-Letzte-Generation-aktuell-keine-extremistischen-Tendenzen.html> 17.11.2022

Verfassungsschutz sieht bei „Letzte Generation“ aktuell keine extremistischen Tendenzen

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sieht keinen Anlass zu Beobachtung der Klimabewegung „Letzte Generation“. Er erkenne gegenwärtig nicht, „dass sich diese Gruppierung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet, und insofern ist das kein Beobachtungsobjekt für den Verfassungsschutz“, sagte Haldenwang laut SWR bei der Aufzeichnung der Gesprächsreihe „Demokratie-Forum im Hambacher Schloss“.

Das Begehen von Straftaten mache die „[Letzte Generation](#)“ nicht extremistisch. „Extremistisch ist immer dann, wenn der Staat, die Gesellschaft, die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage gestellt wird, und genau das tun die Leute ja eigentlich nicht“, erläuterte Haldenwang.

Sie fordern die Funktionsträger zum Handeln auf und zeigten damit, „wie sehr man dieses System eigentlich respektiert“, zitierte der SWR am Mittwochabend aus dem Gespräch mit Haldenwang.

Kommentar von impfen-nein-danke:

https://t.me/impfen_nein_danke/131227 17.11.2022

Wenn also die "Querdenker" statt singen, tanzen, laufen sich einfach auf eine Fahrbahn festkleben und Ölgemälde im Museum mit Brei bewerfen würden, dann würden sie also vom Beobachtungsfall zurückgestuft auf "keine extremistischen Tendenzen". Die neuen Mittel gegen Anpassungsstörungen: Sekundenkleber und Kartoffelbrei!

<https://exxpress.at/kritik-an-selenskyj-hilfgelder-bei-bankrott-der-krypto-boerse-ftx-vernichtet/> 13.11.2022

Kritik an Selenskyj: Hilfgelder bei Bankrott der Krypto-Börse FTX vernichtet

Stolz präsentierte noch im März die ukrainische Regierung unter Wolodymyr Selenskyj die neue Art der Spendenvermehrung: Die Krypto Börse FTX sollte aus 100 Millionen mehr machen – jetzt ist FTX bankrott. Der Verdacht: Unsummen an Hilfgeldern sind weg.

Der Plan war einfach und sollte die ohnehin seit Februar dieses Jahres stark fließenden Hilfgelder an die Ukraine noch deutlich vermehren. Die ukrainische Regierung startete mit der Krypto-Börse FTX von Sam Bankman-Fried (30) eine Sammelaktion für alle Unterstützer des kriegsführenden Landes. Nach einer erhofften Aufwertung bei FTX sollten die Gelder dann an die ukrainische Nationalbank in Fiats (also in einer bekannten Währung eines Staates) gehen.

In Kiew seien diese Summen dann für zwei wichtige Bereichen der Regierung von Wolodymyr Selenskyj verplant gewesen: Ein Teil sollte in die humanitäre Hilfe investiert, der andere Teil sollte für die Armee verwendet werden.

Die Krypto-Börse FTX half also dabei mit, gewaltige Summen von Privatpersonen oder auch Regierungsstellen, die nicht offiziell als Unterstützer der Ukraine auftreten wollen, nach Kiew zu bringen. In US-Finanzkreisen kursiert auch das Gerücht, dass über FTX gewaltige Summen an zusätzlicher inoffizieller US-Militärhilfe für die ukrainische Regierung gelaufen sein könnten – und somit absolut gefahrlos, dabei aufzuliegen.

Bereits zu Beginn dieser Aktion meldete die Newsplattform CoinDesk im März, dass nach nur wenigen Stunden seit Start der "Aid for Ukraine" schon 48 Millionen Euro dafür eingezahlt worden sind. In den vergangenen

Monaten bis zur Vorwoche dürften noch viel gewaltigere Summen geflossen sein.

Mit Krypto-Börse kooperiert - jetzt ist FTX aber bankrott

Allerdings: Die Krypto-Börse FTX stürzte ab – der eXXpress berichtete – und ist nun bankrott. Außenstände von zehn bis 50 Milliarden Euro stehen null Eigenkapital gegenüber. Jetzt stellen natürlich Insider des Krypto-Business die Frage: Was ist mit den aktuell verwalteten Hilfsgeldern für die Ukraine passiert?

Und noch ein schwerer Vorwurf wird in der "Hal Turner Radio Show" online in den Raum gestellt: Die Ukraine soll nicht nur "kurzfristig" immer wieder an der Krypto-Börse FTX mit den Hilfsgeldern spekuliert haben, sondern auch "langfristig Milliarden" in FTX investiert haben – darunter angeblich gewaltige Beträge aus der US-Militärhilfe.

Der aktuelle Verdacht, der nun auch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj belasten könnte: Die Ukraine soll also mit Hilfsgeldern, die für den Krieg gegen Russland gedacht waren, an der Krypto-Börse FTX spekuliert haben – und nun sei alles verloren.

Übrigens: FTX-Gründer Sam Bankman-Fried (30) war 2021–2022 mit Gesamtspenden in Höhe von 39,8 Millionen US-Dollar der zweitgrößte Einzelspender für die Demokraten.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/zynische-begruendung-michael-ballweg-bleibt-in-stammheim-in-haft-anwalt-im-interview-a4035769.html> 15.11.2022

„Zynische Begründung“: Michael Ballweg bleibt in Stammheim in Haft – Anwalt im Interview

Michael Ballweg muss weiter in Stammheim einsitzen, seine Haftbeschwerde ist gescheitert. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat einen neuen Haftbefehl erlassen, die Untersuchungshaft bleibt bestehen.

Eine Sprecherin des Oberlandesgerichts Stuttgart teilte mit, man habe einen neuen, der [aktuellen Sach- und Beweislage angepassten Haftbefehl erlassen](#).

Auffällig sind hier zunächst die sprachlichen Feinheiten: Der neue Haftbefehl spricht nur noch von versuchtem gewerbsmäßigem Betrug, während der bisherige Haftbefehl des Amtsgerichts Stuttgart noch wegen Tatverdachts hinsichtlich eines vollendeten Betruges ausgestellt war. Offensichtlich spricht hier einiges für Michael Ballweg. Freigelassen wird er dennoch nicht.

Anwalt Alexander Christ, Sprecher des Verteidigerteams von Michael Ballweg, veröffentlicht auf seinem Telegram-Kanal eine Pressemitteilung zur Haftverlängerung. Dort heißt es unter anderem:

„Ausdrücklich weist das OLG in seinem Beschluss darauf hin, einen dringenden Tatverdacht für einen vollendeten Betrug sehe das Gericht auch nach der Befragung der Schenker durch die Staatsanwaltschaft nicht. (...) Das Verteidigerteam wird den Beschluss noch im Detail auswerten und dazu eine gesonderte Stellungnahme abgeben.“.....

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/vetternwirtschaft-im-bund/> 16.11.2022

Lebenspartner von Göring-Eckardt profitiert von Migrations-Subvention
BERLIN. Die Union hat den Grünen Vetternwirtschaft im Bundestag vorgeworfen. Mit den zwei Millionen Euro, die der Haushaltsausschuß des Parlaments kürzlich für das [selbsternannte Seenotrettungsbündnis „United4Rescue“](#) bewilligt habe, fließe Geld an eine Organisation, deren Vorsitzender, Thies Gundlach, der Lebensgefährte der derzeitigen Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) sei.

Besonders die Grünen hatten sich in dem Gremium für die Bereitstellung der Finanzhilfen eingesetzt. „Ich bin sehr glücklich, daß es gelungen ist, [die lebensrettende Arbeit](#) jetzt auch [mit einem Beitrag aus dem Bundeshaushalt](#) unterstützt werden wird“, hatte Göring-Eckardt kurz nach

der Ausschußsitzung getwittert. Bereits im Juli hatte sie staatliche finanzierte Seenotrettung im Mittelmeer gefordert.

Göring Eckardt ist seit 2017 mit dem Theologen Gundlach liiert, der damals eine leitende Funktion in der EKD innehatte. Ende 2019 übernahm Thies den Vorsitz des auf Beitreiben des Grünen-Politikers Sven Giegold – der seinerzeit im Präsidium der EKD saß – ins Leben gerufenen Vereins „United4Rescue“.

<https://www.n-tv.de/politik/Buergergeld-vorerst-gestoppt-Hartz-IV-Nachfolger-scheitert-im-Bundesrat-an-Unionslaendern-article23716468.html> 15.11.2022

Bürgergeld scheidert im Bundesrat

Der geplante Hartz-IV-Nachfolger ist vorerst gestoppt. In einer Sondersitzung des Bundesrats verweigern unionsgeführte Länder dem Bürgergeld ihre Zustimmung. Nur Stunden später soll der Vermittlungsausschuss mit der Arbeit an einem Kompromiss beginnen. Die Zeit drängt.

Das Bürgergeld der Ampel-Koalition ist vorerst gestoppt. In einer Sondersitzung des Bundesrats erhielt der Gesetzentwurf für die Sozialreform nicht die erforderliche Mehrheit. Damit kann die zum 1. Januar geplante Sozialreform vorerst nicht in Kraft treten. Wie zuvor angekündigt, verweigerten mehrere Landesregierungen unter Führung beziehungsweise mit Beteiligung der Union dem Vorhaben ihre Zustimmung.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD kündigte bereits kurz vor der Abstimmung im Bundesrat an, dass die Bundesregierung noch im Laufe des Tages den Vermittlungsausschuss anrufen werde. Der gemeinsame Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat solle dann möglichst zeitnah einen Kompromiss zu dem Gesetzentwurf erarbeiten. Bis Ende November müsse das Gesetz in beiden Kammern

beschlossen sein, um zum 1. Januar in Kraft treten zu können, bekräftigte Heil. Zuvor hatte der Minister noch einmal eindringlich dafür geworben, das Bürgergeld nicht scheitern zu lassen.

<https://test.rtde.tech/europa/154611-bundeswehr-und-infrastruktur-werden-auf/> 17.11.2022

Bundeswehr und Infrastruktur werden auf Krieg an der Ostflanke vorbereitet

Generalinspekteur Zorn will die Bundeswehr für ein "hochintensives Szenario" an der Ostgrenze der NATO vorbereitet sehen. Die Ausrichtung auf eine vereinfachte Verlegung von Truppen und Material an die Ostflanke findet bereits seit Längerem statt.

Der litauische Staatspräsident Gitanas Nausėda bezeichnete den Raketeneinschlag in Polen am Mittwoch als "ziemlich wichtige neue Etappe in diesem Krieg". Während die Pforzheimer Zeitung am Mittwoch mit Bezug auf den tödlichen Raketeneinschlag davon ausgeht, dass die "NATO als Reaktion auf diesen Vorfall ihre Truppen an der Ostflanke noch einmal verstärken" werde, und fordert, dass "die NATO wach bleiben" müsse, kann bei einem Blick auf militärische Entwicklungen und Schwerpunkte kaum von einer Reaktion die Rede sein. Dass die Raketen, die zwei Menschen in Polen getötet haben, aus der Ukraine kamen, ist nunmehr ohnehin nebensächlich.

In einem Grundsatzpapier mit dem Titel "Operative Leitlinien für die Streitkräfte" hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, bereits im September auf fast 70 Seiten dargelegt, dass die Bundeswehr nach vielen Auslandseinsätzen ihre Strategie auf einen drohenden Konflikt mit Russland ausrichten und die NATO-Ostflanke stärken müsse. Dabei müsse Deutschland in Europa eine Vorreiterrolle einnehmen.

"Einsatzbereite, an einem hochintensiven Szenario ausgerichtete und ausgebildete Streitkräfte bilden das Rückgrat dieser Abschreckung", zitiert Der Spiegel aus dem Papier. Statt kleinere, spezialisierte Einheiten

in Auslandsmissionen zu schicken, müsse man demnach für die NATO jederzeit einsatz- und kampfbereite Großverbände bereithalten.

Der Bundeswehrgeneralinspekteur setzt damit die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte "Zeitenwende" in eine Strategie um, denn "Krieg in Europa ist wieder Realität", heißt es dort. Zwar lautete der Tenor bereits seit dem Jahr 2014, dass die Landes- und Bündnisverteidigung nun Hauptschwerpunkt sein müssen. Doch werde nun über kleine Vorauskommandos in den östlichen NATO-Staaten hinaus gedacht, das Umdenken auch in der Bundeswehr sei wegen der erst seit diesem Jahr ernsthaften Bedrohung durch Russland erfolgt.